

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen,
Spielplätze, Umwelt und Natur
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 15.01.2026

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur ein.

am Donnerstag, 22.01.2026

um 17:15 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Abstimmung über die Tagesordnung (5 Minuten)
- 2 Protokollkontrolle -offene Protokolle - 10.07.2025, 06.11.2025, 08.01.2026, (5 Minuten)
- 3 Bericht - Aktuelles aus dem Bezirksamt mit Nachfragen
 - 3.1 Bericht Bezirksbürgermeisterin, Fragen und Diskussion (ca. 15 Minuten)
 - 3.2 Bericht Bezirksstadträtin, Fragen und Diskussion (ca. 15 Minuten)
- 4 Themenschwerpunkt:
Vorstellung Stand Klimaschutzkonzept
Aktuelle Drucksachen:
- 5 Aktuelle Drucksachen:
 - 5.1 Straßenbaumkonzept für Pankow – Transparenz und Beteiligung, Entsiegelung für neue Baumstandorte - Drucksache: IX-0516
Fraktion B90/Die Grünen aus BVV 14.12.2022
 - 5.2 Pro Kind ein Baum – Jahrgangspflanzungen mit den Berliner Forsten - Drucksache: IX-0816
Die Linke ff. Finanzen
 - 5.3 Bürgergarten Mühlenkiez (Flurstück 280, Thomas-Mann-Straße) - Drucksache: IX-1224
Fraktion Bündnis 90/Grüne, Stadt ff., mit. GleiBeWi
 - 5.4 Mehr Klimaanpassung für Pankow – BäumePlus-Gesetz erfolgreich umsetzen - Drucksache: IX-1287
Mobi ff.

- 5.5 Bäume für Pankow - Förderungen für öffentliche Flächen nutzen - Drucksache: IX-1225
Fraktion Bündnis 90/Grüne, Klima ff.
 - 5.6 Temporäre Grillverbote sachgerecht begründen und flexibel zurücknehmen - Regelungen für den Mauerpark weiterentwickeln - Drucksache: IX-1238; SPD, Klima ff.
 - 5.7 Spielplatzinfrastruktur im Bezirk sichern - Finanzierungsquellen konsequent nutzen
Drucksache: IX-1311; SPD KJHA, Fin. ff.
 - 5.8 Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen - Drucksache: IX-1304; Linksfraktion, Fin. ff.
- 6 Sonstiges:
nächster Ausschuss 12.02.2025 Themenschwerpunkt: Vorstellung Pflegekonzept Mauerpark,
Aktueller Sachstand Klimaanpassungskonzept

Mit freundlichen Grüßen

gez. Katrin Maillefert
Ausschussvorsitzende

BERLIN

**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-0516**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

14.12.2022

BVV

BVV/011/IX

Ursprung:
Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Mitzeichnungen:

Betreff: Straßenbaumkonzept für Pankow – Transparenz und Beteiligung,
Entsiegelung für neue Baumstandorte

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird ersucht, nach dem Modell „Straßenbaumkonzept Leipzig 2030“ ein Konzept für die Bestandsweiterung an Pankower Straßenbäumen zu erstellen bzw. sich bei der Senatsverwaltung für die Erstellung oder Förderung eines solchen Konzeptes einzusetzen. Das Konzept soll die Basis für eine ausreichende, langfristige Finanzierung des Bestandserhalts und eines geplanten Bestandszuwachses an Straßenbäumen in Pankow bilden.

Die Prioritäten sollen sein:

1. Erstpflanzungen sowie Ergänzungsplanzungen auf derzeit leeren Baumscheiben,
2. Schaffung von neuen Baumstandorten durch Entsiegelung von Flächen des ruhenden Verkehrs,
3. Verbesserung von Baumstandorten durch Entsiegelung und Baumscheibenerweiterungen,
4. Beteiligung der Einwohner:innen und Transparenz der Planung und Maßnahmen.

Berlin, den 06.12.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- _____ beschlossen
- _____ beschlossen mit Änderung
- _____ abgelehnt
- _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

federführend

- überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Begründung:

Die „Baumleitplanung“ Pankow seit 2008 erfasste 33 Straßen, das „Straßenbaumkonzept“ 2018 weitere 8 Straßen – mit der Greifswalder Straße soll die letzte in den Ausschüssen vorgestellte Planung umgesetzt werden. Auf der Internetpräsenz des Bezirksamtes gibt es außer sporadischen Pressemitteilungen zu einzelnen kurz bevorstehenden Maßnahmen keine Informationen dazu – im sonstigen Internet ist nur die Beauftragung eines Büros für die erste Baumleitplanung zu finden. Es gab wenige Rundgänge vor Ort – Baumgutachten, die in Folge beauftragt wurden, wurden wie in der Seelower Straße vom Bezirksamt ignoriert, und vom Gutachter für erhaltenswert angesehene Bäume dennoch gefällt.

Für Anwohner:innen ist es nicht nachvollziehbar, welche Baumscheiben wieso leer sind, und eine systematische Überprüfung der potenziellen Baumstandorten findet überhaupt nicht mehr statt (vgl. KA-0421/IX). Die einzige Möglichkeit zur Beteiligung ist eine Spende für die „Stadtbaumkampagne“ des Landes oder „100 Bäume für Pankow“. Selbst die neue gesamtstädtische Zielvereinbarung für Straßenbäume kann nach Einschätzung des Bezirksamtes den Rückgang des Bestands nur bremsen (vgl. KA-0421/IX).

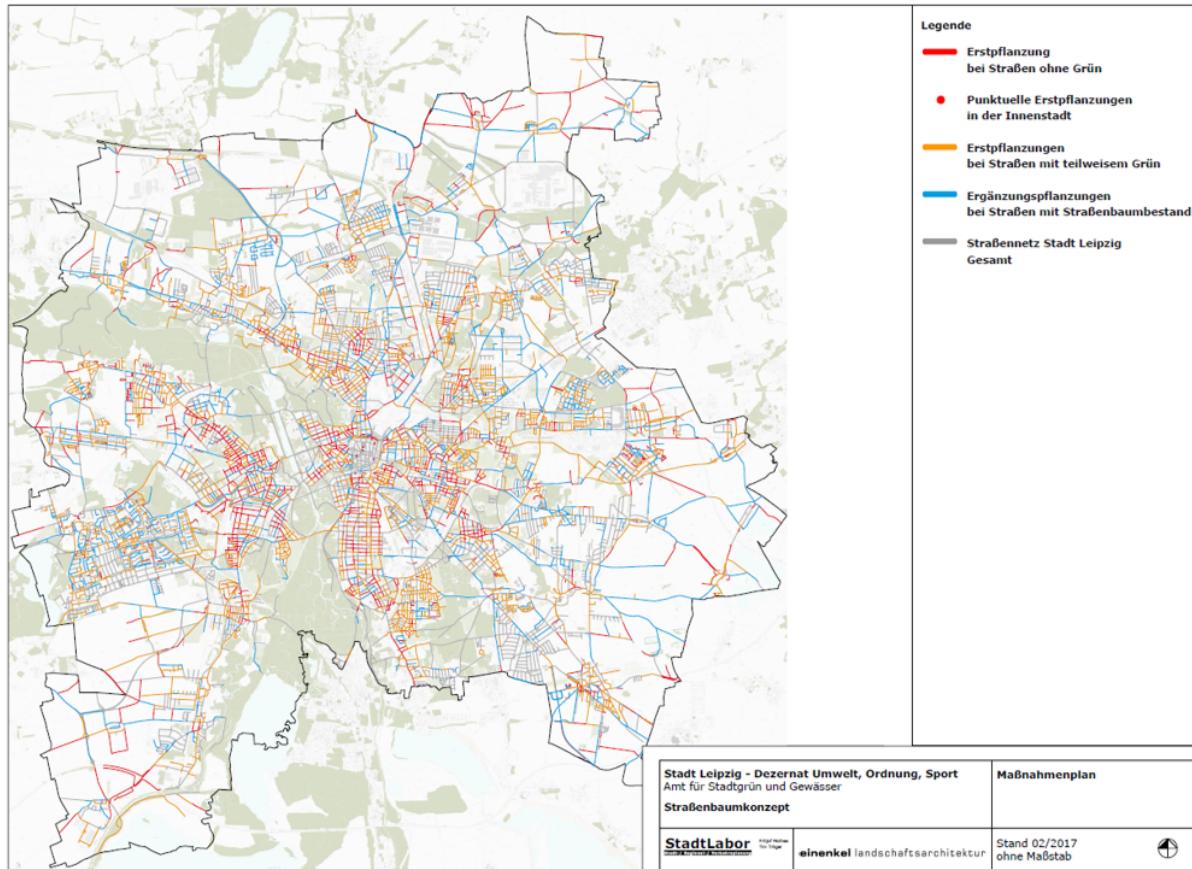
Aufgrund der zunehmenden Flächenkonkurrenzen und den Klimawandel ist ein vorausschauendes, beteiligendes Konzept notwendig, das notwendige Kosten ausweist und mehr Bäume in Pankows Straßenraum bringt. Dafür muss vermieden werden, Bestandsbäume mit hoher Ökosystemleistung gegen „neue“ Bäume zu tauschen, die aufwändiger Wässerung bedürfen und oftmals bereits im Pflegezeitraum absterben.

Ein solches Konzept mit den Prioritäten Beteiligung, Entsiegelung und Erstpflanzungen wurde seit 2016 in Leipzig erarbeitet, und im Jahr 2019 wurde „Straßenbaumkonzept Leipzig 2030“ [1] beschlossen: „Die Erweiterung des Straßenbaumbestandes – als einen wesentlichen Bestandteil der urbanen grünen Infrastruktur – leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Luftreinhalteplanes und des Stadtentwicklungsplanes Verkehr und öffentlicher Raum sowie zur Anpassung an den Klimawandel“. In Leipzig gibt es 57.000 Straßenbäume, in Pankow 44.000. Leipzig hat sich das Ziel von 1000 neuen Bäumen pro Jahr gesetzt – und auch in Pankow gibt es viel Potenzial für neue Baumstandorte durch Entsiegelung.

Die Einwohner:innen konnten sich in Leipzig über einen umfangreichen Beteiligungs- und Abstimmungsprozess mit Wünschen für Baumstandorte einbringen und an den Planungen aktiv mitwirken. Dadurch wurden verschiedene Interessen im Hinblick auf den Straßenbaum gebündelt, die schließlich ein abgestimmtes, nachvollziehbares und umsetzungsorientiertes Handlungsinstrument ergeben. Durch Entsiegelung entstehen Baumscheibenerweiterungen, Neupflanzungen werden nach dem standardisierten „Zwickauer Modell“ [2] durchgeführt, so dass auf ehemaligen Parkplätzen gute Standorte für großkronige Bäume entstehen. Auch die Entscheidung zur Überprüfung der Verkehrssicherheit von Bäumen ist als ein Teil des Konzeptes transparent und nachvollziehbar.

[1] <https://www.leipzig.de/umwelt-und-verkehr/umwelt-und-naturschutz/baeume-und-baumschutz/strassenbaumkonzept-leipzig-2030/>

[2] https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/o2_3 Dez3_Umwelt Ordnung_Sport/67_Amt fuer Stadtgruen und Gewaesser/Baeume_Baumschutz/Pflanzplaene_2018/Regelquerschnitt_Zwickauer_Modell.pdf



BERLIN

**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-0816**Antrag**

Linksfraktion

Beratungsfolge:

13.12.2023 BVV

BVV/019/IX

Ursprung:
Antrag, Linksfraktion
Mitzeichnungen:

Betreff: Pro Kind ein Baum - Jahrgangspflanzungen mit den Berliner Forsten**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, zusammen mit den Berliner Forsten für jedes neugeborene, in Pankow gemeldete Kind einen Baum zu pflanzen. Die Neupflanzungen sollten dann mit den jeweiligen Geburtsjahrgängen versehen werden und die Eltern bspw. mit den Unterlagen, die vom Bezirksamt versendet werden, informiert werden, wo die Pflanzungen stehen.

Berlin, den 05.12.2023

Einreicher: Linksfraktion

BV Katrin Maillefert, BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen

Abstimmungsverhalten: einstimmig

mehrheitlich

43 Ja-Stimmen**0** Gegenstimmen**0** Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend
Finanzen, Personal, Immobilien, und Verwaltungsmodernisierung
Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Begründung:

Von Geburt an soll für die neue Bürgerin bzw. den neuen Bürger eine Verbundenheit mit unserem Bezirk und vor allem mit der Natur auch in einer Großstadt geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund soll jedem neu geborenen Kind im Bezirk Pankow zu seiner/ihrer Geburt symbolisch ein Baum geschenkt werden.

Bäume binden Kohlenstoff und helfen damit die Menge an klimaschädlichen CO₂ in der Erdatmosphäre zu reduzieren. Den Kohlenstoff nutzen sie für ihr Wachstum und speichern es in ihrer Holzmasse – Baum und Kind wachsen dann gemeinsam in unserer Stadt heran. Wir wollen damit einen kleinen Beitrag zur Umwelt leisten und den Kindern von Anfang an die Natur ans Herz legen.

Betreff: Pro Kind ein Baum – Jahrgangspflanzungen mit den Berliner Forsten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zusammen mit den Berliner Forsten jährlich einen Baum zu pflanzen an dem eine Jahresplakette mit dem Geburtsjahrgang und dem Namen eines jedem in diesem Jahr neugeborenen, in Pankow gemeldeten Kindes angebracht wird. Weiterhin sollen die Eltern über den Ort der Pflanzungen informiert werden.

BERLIN

**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1224**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

Betreff: Bürgergarten Mühlenkiez (Flurstück 280, Thomas-Mann-Straße)**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die öffentliche Grünanlage des Flurstücks 280 (nördlich des Pavillons Mühlenpromenade, westlich der Thomas-Mann-Straße) zu einem Bürgergarten zu qualifizieren, der modellhaft und beispielgebend Soziales, Gesundheit und Stadtnatur verbindet und damit ein gesundes, menschen- und tiergerechtes Pankow unterstützt.

Das Bezirksamt soll eine Finanzierung über „Wachstum und Nachhaltige Erneuerung“ der Städtebauförderung sowie Ausgleichsmittel prüfen. Für einen zeitnahen Beginn und eine sukzessive Aufwertung sollen möglichst weitere Fördermöglichkeiten - z.B. „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ (NKK) - eingeworben und dafür eine entsprechende Ko-Finanzierung gesichert werden.

Der Bürgergarten soll gemeinschaftliches, barrierearmes und ökologisches Gärtnern („Urban Gardening“) ermöglichen. Die Grünfläche soll dafür entsiegelt, mit Schonung der anliegenden Fauna ökologisch gestaltet und gepflegt werden. Orientierung soll dabei der Artenschutz und das Berliner Handbuch Gute Pflege bieten. Ziel soll es auch sein, Lebensräume für Wildtiere zu schaffen, durch z.B. Sträucher und Hecken. Bei der Planung, Gestaltung und Betreuung des Bürgergartens sollen Anwohnende, Stadtteilzentren, Verbände und andere Initiativen im Kiez aus den Bereichen Soziales, Gesundheit und Stadtnatur einbezogen werden.

Um Pankow als „Schwammstadt“ zu unterstützen, soll das Bezirksamt prüfen, inwieweit das Dach des angrenzenden Quartierspavillons zum Auffangen von Regenwasser genutzt werden kann. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob der Gartenwasseranschluss des Pavillons für den Bürgergarten mitgenutzt oder ein eigener Wasseranschluss bzw. eine Pumpe ermöglicht werden kann. Das Bezirksamt soll weiterhin prüfen, ob langfristig eine Integration des Quartierpavillons, z.B. als Café und soziale Begegnungsstätte, mit dem Konzept des Bürgergartens möglich ist.

Berlin, den 24.06.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 BV Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel Lüssow, BV Oliver Jütting, BV
 Heike Schmidt

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- _____ beschlossen
- _____ beschlossen mit Änderung
- _____ abgelehnt
- _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
_____	mehrheitlich
48	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

federführend

- x** überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

- Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
- Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
- Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

Begründung:

Das 76 Hektar große Gebiet östlich der Greifswalder Straße (Mühlenviertel) wurde am 2002 gemäß § 171b BauGB als Fördergebiet festgelegt, der Start der Förderung war 2017. Eines der Leitbilder und die Entwicklungsziele ist, die vorhandenen öffentlichen Spiel- und Bewegungsflächen sowie den Grün- und Freiraum aufzuwerten und an die klimatischen Veränderungen anzupassen. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) benennt bereits 2017 die Verbesserung der Aufenthaltsqualität der Grün- und Freiflächen als Schlüsselmaßnahme im Gebiet.

Im Rahmen des Grün- und Freiflächenkonzeptes Greifswalder Straße wurde 2021 u.a. die Qualifizierung der Freifläche am Kiezpavillon zu einer Grünfläche mit Bürgergarten für die Bewohner des Mühlenviertels festgelegt. Mit der Entwicklung eines Bürgergartens könne ein Angebot geschaffen werden, die Freifläche gärtnerisch, aber auch mit gemeinsamen Aktivitäten zu beleben. Jedoch ist im Maßnahmensteckbrief der Bürgergarten lediglich als "optional" gekennzeichnet - und allein daher ist eine Anregung des bezirklichen Verwaltungshandelns notwendig. Für bürgerschaftliche Projekte stehen zwar direkte Fördermittel für Engagement in Nachbarschaften (FEIN) bereit, bei denen „Urban Gardening“ stärker berücksichtigt werden sollte - diese Finanzierung reicht jedoch nicht aus, um die betreffende Fläche ursächlich zu qualifizieren.

Mit dem Programm "Nachhaltige Erneuerung" wurde bisher zwar ein Gebietsbeauftragter für die Jahre 2025 und 2026 finanziert, aber die Maßnahme der Neugestaltung der Mühlenpromenade erfasst nicht die Grünfläche des Flurstücks 280 - allerdings wird südlich der Promenade bereits über einen Ideenwettbewerb eine Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften realisiert, die als Vorbild für die nördliche Fläche dienen kann.

Das Flurstück 280 befindet sich im Fachvermögen des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) Pankow, die aktuelle Gebietsförderung erfolgt unter Federführung des Amtes für Stadtentwicklung. Der Pavillon befindet sich im Fachvermögen des Schul- und Sportamts.

Für die Umsetzung des Bürgergartens sind Mittel aus Förderprogrammen erforderlich. Zum Beispiel das Förderprogramm Natürlicher Klimaschutz in den Kommunen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) umfasst die Module Entsiegelung und Wiederherstellung von Bodenfunktionen, naturnahes Grünflächenmanagement, Pflanzung von Bäumen und Schaffung von Naturoasen - als Teil einer finanzschwachen Kommune gilt für Pankow ein Fördersatz von 90%, eine Kombination mit weiteren Fördermitteln ist möglich.

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen
Drucksachenummer: IX-1224

Betreff: Bürgergarten Mühlenkiez (Flurstück 280, Thomas-Mann-Straße)
Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (mitberatend):

Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

Im Ausschuss angenommen

7 Ja

5 Nein

1 Enthaltungen

Begründung des Ausschusses

Die Drucksache wurde in der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung am 23. September 2025 beraten von der einreichenden Fraktion vorgestellt. Eine Frage zur Finanzierung wurde mit dem Hinweis die Mittelbeschaffung überließe man dem Bezirksamt beantwortet. Daraufhin wurde die Drucksache ohne weitere Beratung abgestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Annahme der Drucksache.

Gez. Hannah Wettig (Vorsitzende)

BERLIN

**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1287**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.11.2025 BVV

BVV/034/IX

Betreff: Mehr Klimaanpassung für Pankow - BäumePlus-Gesetz erfolgreich umsetzen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, sich aktiv, gemeinsam und zielgerichtet an der erfolgreichen Umsetzung der Ziele des Gesetzes für ein Klimaanpassungsgesetz Berlin und zur Änderung weiterer Vorschriften zu beteiligen. Hierzu soll das Bezirksamt insbesondere

- das Miteinander statt Gegeneinander fördern, indem neue Baumstandorte mit anderen Flächenbedarfen weitmöglichst vereinbar gestaltet werden – sowohl durch vorausschauende Planung als auch z. B. durch den Einsatz von Wurzelkammersystemen, die sowohl für Flächen des ruhenden als auch des fahrenden Verkehrs eingesetzt werden können,
- ein zeitweiliges Moratorium oder eine bessere Steuerung bzw. Koordinierung für die weitere ungeplante Verlegung von Telekommunikationsleitungen prüfen, um die Grundlagen für die Umsetzung des Gesetzes zu erhalten und eine vorausschauende Planung für Baumpflanzungen sowie eine ausreichende Abwägung mit dem Baumschutz und neuen Baumstandorten zu ermöglichen,
- der Öffentlichkeit sowie der BVV bzw. den zuständigen Fachausschüssen regelmäßig über die Fortschritte bei der Umsetzung des Gesetzes berichten,
- die Öffentlichkeit über Möglichkeiten der Bürgerkooperation informieren und rechtzeitig die Rahmenbedingungen auch für innovative Methoden setzen, damit die Ziele des Gesetzes erreicht werden können,

- für mehr Transparenz sorgen, neben vollständigen Listen von Baumfällungen im öffentlichen Raum [3] nach dem Vorbild anderer Bezirke [4] auch regelmäßig und gesammelt darüber zu informieren, welche Bäume gepflanzt wurden.

Berlin, den 04.11.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Axel Lüssow, BV Oliver Jüfting

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------|--------------------------|
| _____ | beschlossen |
| _____ | beschlossen mit Änderung |
| _____ | abgelehnt |
| _____ | zurückgezogen |

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
_____	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

federführend

- | | |
|----------|---|
| x | überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für |
|----------|---|

Mobilität und öffentliche Ordnung

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Begründung:

Die weitgehende Übernahme des ambitionierten Entwurfs „Gesetz für ein Klimaanpassungsgesetz Berlin und zur Änderung weiterer Vorschriften“ (BäumePlus-Gesetz - KanGBInÄwV) durch das Abgeordnetenhaus ist ein riesiger Erfolg für die Zivilgesellschaft und die Umweltbewegung. Wichtig ist jetzt, dass dieses Gesetz unverzüglich und erfolgreich umgesetzt wird - auch und besonders in den Bezirken, die wesentliche Zuständigkeiten haben und entsprechende Aufgaben übernehmen werden müssen. Ab Verkündung des Gesetzes muss ein Ruck durch die Stadt gehen, um den Schwung der Volksentscheid-Initiative zu erhalten und gleichzeitig mit der „Verwaltungsreform für Bäume“ mehr Transparenz sowie möglichst zeitnahe, konkrete und sichtbare Fortschritte zu erzielen. Die frühzeitige Beteiligung der Bezirke (insbesondere auch der Straßen- und Grünflächenämter aufgrund ihrer Rolle für Baumpflanzungen) an der Umsetzungsplanung ist zentral, um z.B. bei Bedenken bzgl. der Verkehrssicherungspflicht frühzeitig gegenzusteuern und ggf. rechtzeitig weitere Anpassungen auf Landes- oder Bundesebene mitzugestalten.

- [1] <https://www.baumentscheid.de/klimaanpassungsgesetz>
- [2] <https://www.parlament-berlin.de/adoservice/19/IIIPlen/vorgang/d19-2717.pdf>
- [3] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/gruenflaechen/artikel.1085102.php>
- [4] <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/gruenflaechen/baeume/artikel.1429449.php>



**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1225

Antrag

Faktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV
16.07.2025 BVV

BVV/032/IX
BVV/Forts032/IX

vertagt

Betreff: Bäume für Pankow - Förderungen für öffentliche Flächen nutzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, Fördermittel für die Pflanzung von Bäumen auf Pankower Grünflächen einzuwerben und eine entsprechende Ko-Finanzierung bereitzustellen.

Hierbei soll das Bezirksamt Fördermöglichkeiten, z.B. das „Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz“, nutzen.

Die Mittel sollen prioritär im Schlosspark Niederschönhausen eingesetzt werden.

Berlin, den 14.07.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
BV Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig

mehrheitlich

Ja-Stimmen

Gegenstimmen

Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Durch die Aktion „Bäume für Pankow“ setzt das Bezirksamt einen Teil der Ausgleichsgelder der Baumschutzverordnung für private Flächen ein - durch die Teilung der Kosten und Verantwortung für Pflanzung sowie Anwachspflege kostensparender als reguläre Pflanzungen.

Jedoch benötigen auch die öffentlichen Flächen in Pankow mehr Bäume - aber z.B. im Schlosspark Niederschönhausen stehen laut Bezirksamt keine finanziellen Mittel zur Verfügung [1]. Es gibt jedoch entsprechende Fördermöglichkeiten, z.B. das „Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz“ [1]. Als Teil einer finanzschwachen Kommune gilt für Pankow ein Fördersatz von 90%.

[1] [https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/St%C3%A4dte-und-Gemeinden-gestalten/F%C3%B6rderprodukte/Nat%C3%BCrlicher-Klimaschutz-in-Kommunen-\(444\)/](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/St%C3%A4dte-und-Gemeinden-gestalten/F%C3%B6rderprodukte/Nat%C3%BCrlicher-Klimaschutz-in-Kommunen-(444)/)

[2] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/ka020_r.asp?KALFDNR=4788



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:
 Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025	BVV	BVV/032/IX	vertagt
16.07.2025	BVV	BVV/Forts032/IX	

Betreff: Bäume für Pankow - Förderungen für öffentliche Flächen nutzen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, Fördermittel für die Pflanzung von Bäumen auf öffentlichen Flächen in Pankow wie insbesondere auch in Grünanlagen einzuwerben und falls notwendig eine entsprechende Ko-Finanzierung zu sichern.

Hierbei soll das Bezirksamt Fördermöglichkeiten, z.B. im Rahmen des „Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz“ die Förderung „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ einwerben und auch in der gegenwärtigen Haushaltsslage erreichen, diese Förderungen nutzen zu können.

Falls notwendig soll das Bezirksamt zusätzlich die Erstellung von Stadtbaumkonzepten berücksichtigen oder nachträglich Standorte optimieren, um Bestandsbäume zu erhalten.

Die Mittel sollen auch im Schlosspark Schönhausen eingesetzt werden, falls dies vor der Erstellung des beim „Runden Tisch Schlosspark Schönhausen“ angekündigten Parkpflegewerks im Konsens der beteiligten Ämter möglich ist.

Berlin, den 16.07.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 BV Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig

mehrheitlich

38 Ja-Stimmen

2 Gegenstimmen

0 Enthaltungen

federführend

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Begründung:

Durch die Aktion „Bäume für Pankow“ [1] setzt das Bezirksamt einen Teil der Ausgleichsgelder der Baumschutzverordnung für private Flächen ein – wie viele andere Bezirke durch die Teilung der Kosten und Verantwortung für Pflanzung sowie Anwuchspflege kostensparender als reguläre Pflanzungen.

Jedoch benötigen auch die öffentlichen Flächen in Pankow- sowohl Grünanlagen als auch Stadtplätze und der Straßenraum - mehr Bäume. Im Schlosspark Schönhausen stehen lt. Bezirksamt keine finanziellen Mittel zur Verfügung (s. schriftliche Anfrage KA-1006/IX [2]) - beim Runden Tisch Schlosspark Schönhausen (vgl. BVV-Beschluss IX-0927 [3]) am 8.7.2025 wurde vom Bezirksamt jedoch dargestellt, dass bereits erfolgreich eingeworbene Förderungen aufgrund der Haushaltssperre nicht hätten genutzt werden können.

Bei entsprechenden Fördermöglichkeiten, z.B. „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ [4] der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) [5] gilt für Pankow als Teil einer finanziell schwachen Kommune ein Fördersatz von 90%, eine Kombination mit weiteren Fördermitteln ist möglich. Gerade unter den aktuellen finanziellen Herausforderungen ist es notwendig, dass der Bezirk diese Förderungen nutzen kann und wird.

Das Programm NKK 444 umfasst im Modul „Pflanzung von Bäumen“ die folgenden Maßnahmen: Stadtbaukonzepte erstellen, Einzelbäume oder Straßenbäume pflanzen, nachträglich Standorte optimieren, um Bestandsbäume zu erhalten sowie Neupflanzungen bis zu drei Jahre pflegen.

[1] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzaamt/naturschutz/b-ume-f-r-pankow-1513472.php>

[2] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/ka020_r.asp?KALFDNR=4788

[3] https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=6869

[4] <https://www.bfn.de/aktuelles/natuerlicher-klimaschutz-kommunen-foerderprogramm-wird-fortgesetzt>

[5] [https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/St%C3%A4dte-und-Gemeinden-gestalten/F%C3%B6rderprodukte/Nat%C3%BCrlicher-Klimaschutz-in-Kommunen-\(444\)](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/St%C3%A4dte-und-Gemeinden-gestalten/F%C3%B6rderprodukte/Nat%C3%BCrlicher-Klimaschutz-in-Kommunen-(444))

BERLIN

**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1238**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

16.07.2025 BVV

BVV/SoSi10/IX

**Betreff: Temporäre Grillverbote sachgerecht begründen und flexibel zurücknehmen –
Regelungen für den Mauerpark weiterentwickeln**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

1. für temporäre Grillverbote in öffentlichen Grünanlagen – insbesondere im Mauerpark
– nachvollziehbare und überprüfbare Kriterien zu entwickeln und öffentlich zu kommunizieren.
2. dabei sicherzustellen, dass das Kriterium der „Brandgefahr“ transparent anhand nachvollziehbarer Schwellenwerte definiert wird – z. B. orientiert an den Waldbrandstufen im Berliner Umland – und in beide Richtungen wirkt:
 - a) Ab einem festzulegenden Schwellenwert kann ein Grillverbot verhängt werden.
 - b) Fällt die Gefahrenlage unter diesen Schwellenwert, ist das Grillverbot zeitnah aufzuheben.
3. in die Bewertung einzubeziehen, dass die Grillflächen im Mauerpark befestigt, mit Schutzvorkehrungen (Schutzmatten, Aschecontainer) ausgestattet und durch Grillplatzbetreuung sowie regelmäßige Bewässerung der umliegenden Flächen abgesichert sind.
4. zu prüfen, ob eine differenzierte Regelung zwischen klassischen Wiesenflächen und speziell eingerichteten Grillzonen auf befestigten Untergründen sachgerecht und praktikabel wäre.

5. sicherzustellen, dass Maßnahmen und Kommunikation des Bezirksamts auch im Hinblick auf soziale Teilhabe und kulturelle Vielfalt sensibel und diskriminierungsfrei erfolgen - insbesondere mit Blick auf migrantische Communities, für die gemeinsames Grillen ein bedeutender Bestandteil der Freizeitgestaltung ist.
6. der BVV zeitnah über die Ergebnisse und geplante Anpassungen zu berichten.

Berlin, den 08.07.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,
Katja Ahrens, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- _____ beschlossen
- _____ beschlossen mit Änderung
- _____ abgelehnt
- _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
_____	mehrheitlich
37	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

federführend

- x** überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Begründung:

Grillen im Mauerpark ist seit Jahren ein kontrovers diskutiertes, aber etabliertes Freizeitformat mit klar geregelten und gut betreuten Grillflächen. Diese befinden sich auf befestigten Untergründen, mit Aschecontainern und Aufsicht durch Grillbetreuende - die Brandgefahr ist dadurch deutlich reduziert.

Das pauschale Grillverbot vom 1. Juli 2025 bis Mitte September erscheint angesichts dieser Gegebenheiten nicht sachgerecht - insbesondere, wenn es sich auch bei Wetterumschwung nicht automatisch an veränderte Bedingungen anpasst. Bislang orientierten sich temporäre Grillverbote an konkreten Waldbrandstufen. Dieser Mechanismus sollte auch für eine zeitnahe Wiederfreigabe gelten.

Die Orientierung an brandgefährdeten Waldgebieten Brandenburgs ist im Fall einer befestigten, regelmäßig gewässerten Grillfläche in einem innerstädtischen Park allenfalls eingeschränkt sinnvoll. Eine differenzierte Betrachtung, die lokale Gegebenheiten einbezieht, ist nötig, um Vertrauen in Verwaltungshandeln und Akzeptanz für Regeln zu sichern - auch bei den Parkläufer*innen, die vor Ort glaubwürdig kommunizieren müssen.

Nicht zuletzt leistet ein transparenter und fairer Umgang mit dem Thema Grillen auch einen Beitrag zur sozialen Teilhabe in öffentlichen Räumen - für alle Menschen in Pankow.

BERLIN

**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1311**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Betreff: Spielplatzinfrastruktur im Bezirk sichern - Finanzierungsquellen konsequent nutzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

für die Sanierung von Spielplätzen im Bezirk zusätzliche Finanzierungsquellen einzuwerben. Dabei sind insbesondere der Spielplatz auf dem Brennerberg, die Spielflächen am Herthaplatz, der Bolz- und Spielplatz in der Gürtelstraße und der Spielplatz an der Marie in den Blick zu nehmen.

Die Priorisierung der Maßnahmen soll unter Berücksichtigung des BVV-Beschlusses „Wiederaufbau und langfristige bauliche Erhaltung der Spielplatzinfrastruktur“ Drs. VIII-0491 und den in der bezirklichen Spielplatzplanung und in dem bezirklichen Siko festgestellten Bedarfen in Verbindung mit den aktuellen Einwohnerzahlen erfolgen.

Zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen soll das Bezirksamt insbesondere

- Fördermittel aus dem noch bis zum 15.01.2025 laufenden Projektaufruf des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS)“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen prüfen und – soweit die Voraussetzungen vorliegen – entsprechende Anträge stellen,
- die bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zur Verfügung stehenden investiven Landesmittel, insbesondere das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP), für prioritäre Spielplatzprojekte des Bezirks aktiv nutzen,
- sowie EU-/Landesmittel aus dem EFRE-Programm „Europa im Quartier (EQ)“ („Im-Quartier-Mittel“) im Rahmen der integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung einwerben, soweit sich die betreffenden Spielplätze in förderfähigen Gebieten befinden bzw. in entsprechende integrierte Konzepte eingebunden werden können,

- sowie ergänzend Fördermittel privater und gemeinnütziger Zuwendungsgeber, insbesondere des Deutschen Kinderhilfswerks e. V., für Beteiligungs-, Spielraum- und Investitionsprojekte zu akquirieren, um kommunale Mittel zu ergänzen und qualitative Aufwertungen der Spielplatzanlagen zu ermöglichen.

Sofern die Umsetzung der Maßnahmen mit Personal des Bezirksamtes nicht möglich ist, sollen einschlägig tätige Fachunternehmen mit Planung und Ausführung beauftragt werden.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,
Birgit Mickley, Thomas Bohla, Katja Ahrens, Marc Lenkeit

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig

mehrheitlich

Ja-Stimmen

Gegenstimmen

Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Spielplatz auf dem Brennerberg wurde abgebaut; nach Auskunft des Bezirksamtes ist aufgrund fehlender finanzieller und personeller Ressourcen derzeit offen, wann eine Wiederherstellung erfolgen kann. Für die Planungsregion 26 „Tiroler Viertel“ und die Bezirksregion Pankow Süd zeigt die Fortschreibung der bezirklichen Spielplatzplanung in Verbindung mit den aktuellen Daten des SPK und des Sozialstrukturatlases eine deutliche Unterversorgung mit Spielflächen: Der vorhandene Nettospielplatzflächenbestand bleibt deutlich hinter dem Richtwert von 1 m² pro Einwohner*in zurück, die Unterdeckung liegt bei über 60 Prozent. Der Wegfall des Spielplatzes auf dem Brennerberg verschärft diese Situation zusätzlich und lässt sich durch vorhandene Anlagen im Umfeld nicht kompensieren.

Ähnliche Defizite zeigen sich auch an anderen Standorten im Bezirk, etwa am Herthaplatz und bei weiteren ganz oder teilweise gesperrten Spielplätzen in Prenzlauer Berg. Damit gehen wohnortnahe, niedrigschwellige Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Familien verloren – mit negativen Folgen für Gesundheit, Teilhabe und Lebensqualität im Quartier.

Gleichzeitig stehen – zeitlich befristet – zusätzliche Förderquellen zur Verfügung: Mit dem aktuellen Projektaufruf des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS)“ können auch Sport- und Bewegungsflächen mit Bundesmitteln modernisiert werden. Auf Landesebene stellt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie über das KSSP zentrale Mittel für die Sanierung und den Neubau von Spielplätzen bereit; mit den EFRE-Förderungen im Rahmen von „Europa im Quartier“ („Im-Quartier-Mitteln“) bestehen weitere Möglichkeiten, Spielplätze in integrierte Stadtentwicklungsprojekte einzubetten. Ergänzend können Programme gemeinnütziger Träger – wie die Förderangebote des Deutschen Kinderhilfswerks – bürgerschaftliche Beteiligung und qualitative Verbesserungen unterstützen.

Um die Versorgung mit Spiel- und Aufenthaltsflächen im Bezirk Pankow zu sichern und schrittweise zu verbessern, ist es daher erforderlich, dass das Bezirksamt diese Finanzierungsinstrumente systematisch nutzt, prioritäre Projekte – wie Brennerberg, Herthaplatz und gesperrte Anlagen in Prenzlauer Berg – bündelt und aktiv für Fördermittel auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene wirbt.

**2. Ausfertigung
IX-1311**



**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

Antrag

Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Gruppe der FDP

Betreff: Spielplatzinfrastruktur im Bezirk sichern - Finanzierungsquellen konsequent nutzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

für die Sanierung von Spielplätzen im Bezirk zusätzliche Finanzierungsquellen einzuwerben. Dabei sind insbesondere der Spielplatz auf dem Brennerberg, die Spielflächen am Herthaplatz, der Bolz- und Spielplatz in der Gürtelstraße und der Spielplatz an der Marie in den Blick zu nehmen.

Die Priorisierung der Maßnahmen soll unter Berücksichtigung des BVV-Beschlusses „Wiederaufbau und langfristige bauliche Erhaltung der Spielplatzinfrastruktur“ Drs. VIII-0491 und den in der bezirklichen Spielplatzplanung und in dem bezirklichen Siko festgestellten Bedarfen in Verbindung mit den aktuellen Einwohnerzahlen erfolgen.

Zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen soll das Bezirksamt insbesondere

- Fördermittel aus dem noch bis zum 15.01.2025 laufenden Projektaufruf des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS)“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen prüfen und – soweit die Voraussetzungen vorliegen – entsprechende Anträge stellen,
- die bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zur Verfügung stehenden investiven Landesmittel, insbesondere das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP), für prioritäre Spielplatzprojekte des Bezirks aktiv nutzen,
- sowie EU-/Landesmittel aus dem EFRE-Programm „Europa im Quartier (EQ)“ („Im-Quartier-Mittel“) im Rahmen der integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung einwerben, soweit sich die betreffenden Spielplätze in förderfähigen Gebieten befinden bzw. in entsprechende integrierte Konzepte eingebunden werden können,

- sowie ergänzend Fördermittel privater und gemeinnütziger Zuwendungsgeber, insbesondere des Deutschen Kinderhilfswerks e. V., für Beteiligungs-, Spielraum- und Investitionsprojekte zu akquirieren, um kommunale Mittel zu ergänzen und qualitative Aufwertungen der Spielplatzanlagen zu ermöglichen.

Sofern die Umsetzung der Maßnahmen mit Personal des Bezirksamtes nicht möglich ist, sollen einschlägig tätige Fachunternehmen mit Planung und Ausführung beauftragt werden.

Berlin, den 11.12.2025

Einreicher: Fraktion der SPD, Gruppe der FDP

SPD: Birgit Mickley, Thomas Bohla, Katja Ahrens, Marc Lenkeit

Gruppe der FDP: Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig

mehrheitlich

47 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

0 Enthaltungen

federführend

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Finanzen, Personal, Immobilien und Verwaltungsmodernisierung
Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
Kinder- und Jugendhilfe

Begründung:

Der Spielplatz auf dem Brennerberg wurde abgebaut; nach Auskunft des Bezirksamtes ist aufgrund fehlender finanzieller und personeller Ressourcen derzeit offen, wann eine Wiederherstellung erfolgen kann. Für die Planungsregion 26 „Tiroler Viertel“ und die Bezirksregion Pankow Süd zeigt die Fortschreibung der bezirklichen Spielplatzplanung in Verbindung mit den aktuellen Daten des SPK und des Sozialstrukturatlases eine deutliche Unterversorgung mit Spielflächen: Der vorhandene Nettospielplatzflächenbestand bleibt deutlich hinter dem Richtwert von 1 m² pro Einwohner*in zurück, die Unterdeckung liegt bei über 60 Prozent. Der Wegfall des Spielplatzes auf dem Brennerberg verschärft diese Situation zusätzlich und lässt sich durch vorhandene Anlagen im Umfeld nicht kompensieren.

Ähnliche Defizite zeigen sich auch an anderen Standorten im Bezirk, etwa am Herthaplatz und bei weiteren ganz oder teilweise gesperrten Spielplätzen in Prenzlauer Berg. Damit gehen wohnortnahe, niedrigschwellige Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Familien verloren – mit negativen Folgen für Gesundheit, Teilhabe und Lebensqualität im Quartier.

Gleichzeitig stehen – zeitlich befristet – zusätzliche Förderquellen zur Verfügung: Mit dem aktuellen Projektaufruf des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS)“ können auch Sport- und Bewegungsflächen mit Bundesmitteln modernisiert werden. Auf Landesebene stellt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie über das KSSP zentrale Mittel für die Sanierung und den Neubau von Spielplätzen bereit; mit den EFRE-Förderungen im Rahmen von „Europa im Quartier“ („Im-Quartier-Mitteln“) bestehen weitere Möglichkeiten, Spielplätze in integrierte Stadtentwicklungsprojekte einzubetten. Ergänzend können Programme gemeinnütziger Träger – wie die Förderangebote des Deutschen Kinderhilfswerks – bürgerschaftliche Beteiligung und qualitative Verbesserungen unterstützen.

Um die Versorgung mit Spiel- und Aufenthaltsflächen im Bezirk Pankow zu sichern und schrittweise zu verbessern, ist es daher erforderlich, dass das Bezirksamt diese Finanzierungsinstrumente systematisch nutzt, prioritäre Projekte – wie Brennerberg, Herthaplatz und gesperrte Anlagen in Prenzlauer Berg – bündelt und aktiv für Fördermittel auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene wirbt.



**Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

IX-1304

Antrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Ursprung:
Antrag, Linksfraktion
Mitzeichnungen:

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow beschließt, einmal jährlich eine außerordentliche Sitzung zu kinder- und jugendpolitischen Themen durchzuführen.

Das Bezirksamt soll in dessen Bericht zur Sitzung insbesondere auf die Umsetzung des Aktionsplanes der Kinderfreundlichen Kommune eingehen. Nach Abschluss der Umsetzung des Aktionsplanes, soll das Bezirksamt darlegen, wie die Umsetzungen erhalten und gestärkt werden und welche weiteren geschäfts- und fachbereichsübergreifenden Maßnahmen erarbeitet werden, um die Pankower Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in ihren Rechten zu stärken und gezielt zu unterstützen. Im Weiteren sind auch die Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt und sich daraus ergebene Umsetzungen und Maßnahmen darzulegen und voranzutreiben.

Die Fachausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung, sollen analog mindestens einmal jährlich im Rahmen ihrer ordentlichen Sitzungen zu den Umsetzungen der Kinderfreundlichen Kommune und weiteren Vorhaben, die ihre Themengebiete mit einschließen, beraten und sich ebenfalls daran beteiligen fachübergreifende Maßnahmen für die jüngsten Mitbürger*innen zu realisieren.

Die Fraktionen sind im Rahmen der geforderten Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik angehalten themenspezifische Anträge einzubringen, die die Umsetzung der Kinderrechte in Pankow vorantreiben: das Recht auf Gleichheit, Fürsorge und Förderung, Bildung und Meinungsbildung, Teilhabe und Beteiligung, Gesundheitsversorgung, gewaltfreies Aufwachsen, besonderen Schutz und Hilfe sowie das Recht auf Spiel und Freizeit.

Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen der Sitzung die Möglichkeit gegeben werden, Fragen zu stellen und sich an den Debatten zu beteiligen.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher: Linksfaktion,
BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

- _____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- einstimmig
mehrheitlich
Ja-Stimmen
Gegenstimmen
Enthaltungen

federführend

- _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

2019 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, dass Pankow sich auf die Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ der Vereinten Nationen bewerben solle. Der Bezirk machte sich dann zwischen 2020 und 2023 auf den Weg und erarbeitete in einem umfangreichen Erarbeitungs- und Beteiligungsverfahren einen Aktionsplan. 2024 wurde Pankow dann endlich das UN-Siegel der Kinderfreundlichen Kommune verliehen. Diesen Aktionsplan gilt es bis 2027 umzusetzen. Die umgesetzten Maßnahmen sollen jedoch langfristig und somit auch über 2027 wirken, um aus Pankow einen grundlegend kinderfreundlichen Bezirk zu machen. Im Zentrum steht die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 2010 uneingeschränkt gelten. Die Umsetzung des Aktionsplanes erfordert ein geschäfts- und fachbereichsübergreifendes Agieren, wie bspw. bei der sozialräumlichen Öffnung von Schulen oder der Etablierung von Jugendorten.

Doch auch abseits der kinderfreundlichen Kommune gibt es Vorhaben und vor allem gesetzliche Vorgaben, die nur geschäfts- und fachbereichsübergreifend erfüllt werden können. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen wäre ohne Meldeketten und Kooperationen mit Schulen kaum möglich. Die Hilfeplanung benötigt ebenfalls das Zusammenwirken von Akteur*innen aus den unterschiedlichen Fachämtern des Bezirksamtes, Bildungseinrichtungen sowie Sozial- und Jugendhilfeträgern – insbesondere im Übergang in die berufliche Bildung und ins Erwachsenenalter. Die Frühen Hilfen Pankow arbeiten wiederum eng mit dem Gesundheitsamt zusammen und beteiligen sich auch an Kooperationen mit externer medizinischer Expertise, wie der Schreibbabyambulanz der Charité. In der Eingliederungshilfe ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Jugend und Schule sowie in die Erwachsenenhilfe mit verbindlichen Absprachen auszugestalten, um Zuständigkeitsklärungen zu minimieren und einen nahtlosen Übergang der Hilfen zu gewährleisten. Das Thema Barrierefreiheit ist hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Dimensionen bzgl. baulicher und räumlicher, digitaler und kommunikativ-sprachlicher Barrierefreiheit als übergreifende Gesamtaufgabe breit und für alle Altersgruppen zu bearbeiten – das gilt auch für die Verkehrsberuhigung sowie die Schaffung, den Erhalt und die Nutzung von Grünflächen und Naherholungsgebieten im Bezirk.

Um diesem rechtskreisübergreifenden und interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden, braucht es eine genauso aufeinander bezogene politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung. Dies ist aber regelmäßig nicht der Fall. In der Praxis wird die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune und die Ausgestaltung der dazugehörigen Schnittstellenarbeit mehrheitlich im Rahmen der Jugendhilfe verstanden. Dabei legt auch die 1999 erarbeitete Berliner Leitlinie für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt fest, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen zu berücksichtigen sind; dass der besondere Schutz des Kindeswohls und die Förderung von Kindern und Jugendlichen leitendes Prinzip für jegliches Verwaltungshandeln ist.

Obwohl die BVV selbst beschlossen hat, Pankow zu einer Kinderfreundlichen Kommune zu machen, befasst sie sich selbst zu wenig mit den dazugehörigen Herausforderungen und

Möglichkeiten. Letztlich wurden für die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune weder personell noch finanziell ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Realisierung wesentlicher Ziele der Kinderfreundlichen Kommune ist dadurch stark gehindert bis gefährdet. Insbesondere aber in Zeiten der Politikverdrossenheit, muss der heranwachsenden Generation mit klaren Ergebnissen gespiegelt werden, dass ihr Recht auf Beteiligung nicht nur ein Recht auf ein einfaches Gehörtwerden ist, sondern ein Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstermächtigung, das die Politik ernst nimmt, für das die Politik die Rahmenbedingungen setzt und dann auch entsprechende Ergebnisse produziert. Die Beschlussfassung zur Kinderfreundlichen Kommune 2019 war somit nicht das Ende der politischen Arbeit und Verantwortung der BVV bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Pankow, sondern ihr Anfang und vor allem eine Selbstverpflichtung.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-1304

Antrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Ursprung:
Antrag, Linksfraktion
Mitzeichnungen: Bündnis90/ Die Grünen

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow beschließt, einmal jährlich eine außerordentliche Sitzung zu kinder- und jugendpolitischen Themen durchzuführen.

Das Bezirksamt soll in dessen Bericht zur Sitzung insbesondere auf die Umsetzung des Aktionsplanes der Kinderfreundlichen Kommune eingehen. Nach Abschluss der Umsetzung des Aktionsplanes, soll das Bezirksamt darlegen, wie die Umsetzungen erhalten und gestärkt werden und welche weiteren geschäfts- und fachbereichsübergreifenden Maßnahmen erarbeitet werden, um die Pankower Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in ihren Rechten zu stärken und gezielt zu unterstützen. Im Weiteren sind auch die Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt und sich daraus ergebene Umsetzungen und Maßnahmen darzulegen und voranzutreiben.

Die Fachausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung, sollen analog mindestens einmal jährlich im Rahmen ihrer ordentlichen Sitzungen zu den Umsetzungen der Kinderfreundlichen Kommune und weiteren Vorhaben, die ihre Themengebiete mit einschließen, beraten und sich ebenfalls daran beteiligen fachübergreifende Maßnahmen für die jüngsten Mitbürger*innen zu realisieren.

Die Fraktionen sind im Rahmen der geforderten Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik angehalten themenspezifische Anträge einzubringen, die die Umsetzung der Kinderrechte in Pankow vorantreiben: das Recht auf Gleichheit, Fürsorge und Förderung, Bildung und Meinungsbildung, Teilhabe und Beteiligung, Gesundheitsversorgung, gewaltfreies Aufwachsen, besonderen Schutz und Hilfe sowie das Recht auf Spiel und Freizeit.

Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen der Sitzung die Möglichkeit gegeben werden, Fragen zu stellen und sich an den Debatten zu beteiligen.

Berlin, den 11.12.2025

Einreicher: Linksfraktion, Bündnis90/ Die Grünen

Linksfraktion: BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen: Almuth Tharan, Paul Schlüter

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig

mehrheitlich

47 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

0 Enthaltungen

federführend

überwiesen in den Ausschuss für Finanzen, Personal, Immobilien und Verwaltungsmodernisierung

mitberatend in den Ausschuss für Bürgerdienste und Geschäftsordnung

sowie in die Ausschüsse für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

Kinder- und Jugendhilfe

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Mobilität und öffentliche Ordnung

Schule und Sport

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

Soziales, Senior*innen und Gesundheit

Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften

Partizipation und Integration

Begründung:

2019 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, das Pankow sich auf die Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ der Vereinten Nationen bewerben solle. Der Bezirk machte sich dann zwischen 2020 und 2023 auf den Weg und erarbeitete in einem umfangreichen Erarbeitungs- und Beteiligungsverfahren einen Aktionsplan. 2024 wurde Pankow dann endlich das UN-Siegel der Kinderfreundlichen Kommune verliehen. Diesen Aktionsplan gilt es bis 2027 umzusetzen. Die umgesetzten Maßnahmen sollen jedoch langfristig und somit auch über 2027 wirken, um aus Pankow einen grundlegend kinderfreundlichen Bezirk zu machen. Im Zentrum steht die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 2010 uneingeschränkt gelten. Die Umsetzung des Aktionsplanes erfordert ein geschäfts- und fachbereichsübergreifendes Agieren, wie bspw. bei der sozialräumlichen Öffnung von Schulen oder der Etablierung von Jugendorten.

Doch auch abseits der kinderfreundlichen Kommune gibt es Vorhaben und vor allem gesetzliche Vorgaben, die nur geschäfts- und fachbereichsübergreifend erfüllt werden können. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen wäre ohne Meldeketten und Kooperationen mit Schulen kaum möglich. Die Hilfeplanung benötigt ebenfalls das Zusammenwirken von Akteur*innen aus den unterschiedlichen Fachämtern des Bezirksamtes, Bildungseinrichtungen sowie Sozial- und Jugendhilfeträgern – insbesondere im Übergang in die berufliche Bildung und ins Erwachsenenalter. Die Frühen Hilfen Pankow arbeiten wiederum eng mit dem Gesundheitsamt zusammen und beteiligen sich auch an Kooperationen mit externer medizinischer Expertise, wie der Schreibbabyambulanz der Charité. In der Eingliederungshilfe ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Jugend und Schule sowie in die Erwachsenenhilfe mit verbindlichen Absprachen auszugestalten, um Zuständigkeitsklärungen zu minimieren und einen nahtlosen Übergang der Hilfen zu gewährleisten. Das Thema Barrierefreiheit ist hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Dimensionen bzgl. baulicher und räumlicher, digitaler und kommunikativ-sprachlicher Barrierefreiheit als übergreifende Gesamtaufgabe breit und für alle Altersgruppen zu bearbeiten – das gilt auch für die Verkehrsberuhigung sowie die Schaffung, den Erhalt und die Nutzung von Grünflächen und Naherholungsgebieten im Bezirk.

Um diesem rechtskreisübergreifenden und interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden, braucht es eine genauso aufeinander bezogene politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung. Dies ist aber regelmäßig nicht der Fall. In der Praxis wird die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune und die Ausgestaltung der dazugehörigen Schnittstellenarbeit mehrheitlich im Rahmen der Jugendhilfe verstanden. Dabei legt auch die 1999 erarbeitete Berliner Leitlinie für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt fest, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen zu berücksichtigen sind; dass der besondere Schutz des Kindeswohls und die Förderung von Kindern und Jugendlichen leitendes Prinzip für jegliches Verwaltungshandeln ist.

Obwohl die BVV selbst beschlossen hat, Pankow zu einer Kinderfreundlichen Kommune zu machen, befasst sie sich selbst zu wenig mit den dazugehörigen Herausforderungen und

Möglichkeiten. Letztlich wurden für die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune weder personell noch finanziell ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Realisierung wesentlicher Ziele der Kinderfreundlichen Kommune ist dadurch stark gehindert bis gefährdet. Insbesondere aber in Zeiten der Politikverdrossenheit, muss der heranwachsenden Generation mit klaren Ergebnissen gespiegelt werden, dass ihr Recht auf Beteiligung nicht nur ein Recht auf ein einfaches Gehörtwerden ist, sondern ein Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstermächtigung, das die Politik ernst nimmt, für das die Politik die Rahmenbedingungen setzt und dann auch entsprechende Ergebnisse produziert. Die Beschlussfassung zur Kinderfreundlichen Kommune 2019 war somit nicht das Ende der politischen Arbeit und Verantwortung der BVV bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Pankow, sondern ihr Anfang und vor allem eine Selbstverpflichtung.

BV Bohla
 BV Lederer
 BV Wettig
 BV Bigos
 BV Maillefert
 BV Szidat
 BV Gloger
 BV Groß
 BV Schlüter
 BV Blauert
 BV Dr. Scharfenberg

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVV

Büro der Bezirksverordnetenversammlung 12.12.25
 Pankow von Berlin

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen

Drucksachennummer: IX-1304

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):

Finanzen, Immobilien, Personal und Verwaltungsmodernisierung

sowie in den Ausschuss für

Bürgerdienste und Geschäftsordnung

Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Mobilität und öffentliche Ordnung

Schule und Sport

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

Soziales, Senior*innen und Gesundheit

Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften

Partizipation und Integration

Ergebnis der Ausschusssitzung am 06.01.2026

vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

vertragt

im Ausschuss abgelehnt

JA

NEIN

Enthaltungen

mit Änderungen beschlossen

JA 7

NEIN 3

Enthaltungen 1

ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen

JA

NEIN

Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Der PartInt hat nach ausführlicher Beratung die Drucksache in der vorliegenden Form beschlossen bei 7 JA-, 3 NEIN-Stimmen und 1 Enthaltung.

Begründung des Ausschusses:

Die Diskussion im PartInt rankte um die Frage inwieweit die Themen von Kindern und Jugendlichen gut abgebildet seien und welche weiteren Maßnahmen wie ggf. ein Kinder- und Jugendparlament zusätzlich noch gut wären, damit Kinder und Jugendliche ihre Interessen vertreten können. Mehrheitlich bestand die wie im Antrag begründete Idee, dass Kinder und Jugendliche auch Themen mitbrächten bzw. für diese existieren, welche Ausschuss-übergreifend sind und genauso wie Senioren- oder Frauenschutzthemen auch einmal explizit in einer eigenen BVV-Sitzung behandelt werden könnten. Das wiederum sollte aber nicht dazu führen, entsprechende Anträge lange für diesen Anlass aufzuschieben. Andererseits wurde argumentiert, dass mit dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss ein eigenes Gremium besteht, welches eigene Rechte hat, immer tagt und für dieses ausführliche Diskussionen hinsichtlich dessen Beteiligung geführt worden sind. Die Beteiligung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses sichere für sämtliche Themen und Drucksachen die Beratung auch aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen.

Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit**Beschlussempfehlung****Drucksache: IX-1304**

Der Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit hat sich mit der Drucksache IX-1304 "Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen"

Die einreichende Fraktion hat den Antrag eingebracht und aufgrund der Klarheit der Sache auf weitere Ausführungen verzichtet.

In der Debatte wurden Bedenken zur Vereinbarkeit mit der Geschäftsordnung und dem Bezirksverwaltungsgesetz angeführt und geäußert, dass das Angebot eines gesonderten Tagesordnungspunktes im Kinder- und Jugendhilfeausschuss regelmäßig entfällt, weil es scheinbar keinen Bedarf gibt. Darüber hinaus wurde in der Debatte die Frage gestellt, wer die Koordination übernehmen soll, da es bei den seniorenpolitischen Leitlinien ein hohes Engagement gab und das auch in diesem Fall aufgebracht werden müsste.

Für den Antrag wurde noch angeführt, dass Pankow sich verpflichtet hat, eine kinderfreundliche Kommune werden zu wollen und in diesem Prozess eine ernsthafte Beteiligung eine wichtige und wesentliche Säule ist.

Der Antrag wurde ohne Änderungen abgestimmt und der Ausschuss empfiehlt bei 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Annahme der Drucksache.

Gez.

Paul

Schlüter

Ausschussvorsitzender

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

**Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur am:
22.01.2026**

Beginn: **17:15 Uhr** Ende: **[REDACTED]** Unterschrift: **[REDACTED]**
F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
Drewitz, Jan - Bü 90/Grüne -		
Göring, Christoph - Bü 90/Grüne -		
Lenkeit, Marc - SPD -		
Lüssow, Axel - Bü 90/Grüne -		
Maillefert, Katrin - Linke -		
N.N., AfD - AfD -		
Rosensky, Ulrike - SPD -		
Seewald, Jan Arne - CDU -		
Simon, Oliver - FDP -		
Stang, Markus - CDU -		
Steinke, Claudia - CDU -		
Stiller, Jurik - Linke -		

Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Hüchtemann, Tobias - auf Antrag SPD -		
Kayser, Felix - auf Antrag CDU -		
König, Melanie - auf Antrag AfD -		
Schmedt, Norbert - auf Antrag Bü 90/Grüne -		
Van hove, Tamara - auf Antrag Linke -		

stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Delitz, Melanie - auf Antrag CDU -		

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

**Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur am:
22.01.2026**

Beginn: **17:15 Uhr**

Ende: [REDACTED]

Unterschrift: [REDACTED]

F. d. R. d. A.

Franz, Andrea - auf Antrag SPD -

[REDACTED]

Fuchs, Benedict - auf Antrag Linke -

[REDACTED]

Röber, Sabine - auf Antrag Bü

90/Grüne -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Anders-Granitzki, Manuela - CDU -

BzStRin

[REDACTED]

Dr. Koch, Cordelia - Bü 90/Grüne -

Bezirksbürgermeisterin

[REDACTED]

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur am:

22.01.2026

GÄSTELISTE